

Braunkohlentag 2017

4. Mai 2017, Köln

Es gilt das gesprochene Wort

Perspektiven der deutschen Braunkohlenindustrie 2017

Dipl.-Ing. Matthias Hartung

Vorsitzender des Vorstandes des DEBRIV

Sperrfrist: 4. Mai 2017, 18.00 Uhr

Text auch im Internet unter

www.braunkohle.de

unter Der DEBRIV/Der Braunkohlentag/Braunkohlentag 2017

Vortrag des DEBRIV-Vorsitzenden beim Braunkohlentag 2017

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren,

sehr herzlich darf ich Sie zu unserer Abendveranstaltung willkommen heißen. Ich freue mich, dass Sie nach Köln gekommen sind, um den Braunkohlentag mit uns zu begehen.

Wie Sie wissen, wechseln wir den Veranstaltungsort des Braunkohlentags zwischen dem Rheinland und den beiden anderen Braunkohlerevieren, dem Lausitzer Revier und dem Mitteldeutschen Revier. Alle drei Reviere haben für die deutsche Braunkohlenindustrie und für die Versorgungssicherheit mit Energie in Deutschland ihre besondere und eigene Bedeutung. Nächstes Jahr werden wir in Halle an der Saale in Sachsen-Anhalt, der Stadt, in der unser Verein 1885, also vor nunmehr 132 Jahren gegründet wurde, zusammenkommen.

Bevor ich auf die Reviere eingehe und auch zur aktuellen Energiepolitik komme, möchte ich unseren Partnern in den Revieren, in Politik und Behörden herzlich für viele Gespräche und für ihre Unterstützung danken. Das gilt auch für die Kollegen aus den Betrieben, die heute vor dem Saal demonstriert haben und vorhin ja auch Stellung bezogen haben. Diese Unterstützung, aber auch die kritische Begleitung ist für unsere Arbeit von elementarer Bedeutung.

Anrede,

ich möchte gern noch einen besonderen Dank aussprechen. Ende März endete – nach fast 25 Jahren – die Tätigkeit von Herrn Dr. Milojevic als Hauptgeschäftsführer des DEBRIV. Er wurde im März in einem kleinen Kreis gebührend verabschiedet. Herr Dr. Milojevic hat den DEBRIV seit 1992 wesentlich geprägt und die Unternehmen der Braunkohlenindustrie mit seinem Team sehr effektiv unterstützt. Er hat zum Beispiel federführend die großen Imagekampagnen des DEBRIV mitgestaltet. Er hat den DEBRIV bei den europäischen Kohleverbänden eingeführt. Und er hat viel dazu beigetragen, dass wir vor gut zwei Jahren den Frontalangriff „Klimabeitrag“

abwehren konnten, so dass wir am Ende eine einigermaßen verträgliche Lösung aus Sicht der Braunkohlenindustrie erhalten haben.

Herr Dr. Milošević, im Namen des DEBRIV und seiner Mitglieder herzlichen Dank, alles Gute für die Zukunft und eine herzliches Glückauf!

(Applaus abwarten)

Lassen Sie mich zu Beginn einen kurzen Überblick über die aktuelle Entwicklung in den Revieren geben: Einen Aspekt, der alle Reviere betrifft, möchte ich dabei an den Anfang stellen. Die zunehmende Gewalt und Aggressivität der Braunkohlegegner, die nicht vor teils auch lebensgefährlichen tätlichen Angriffen zurückschrecken. Wir sind gewohnt, uns mit Argumenten auseinanderzusetzen. Wir lehnen aber jede Form von verbrecherischer Gewalt ab. Ich möchte hier insbesondere all denen (Polizei, Mitarbeiter, Fremdfirmen und allen, die uns solidarisch verbunden sind) für ihre Unterstützung danken. Gewalt darf in unserer Gesellschaft nicht toleriert werden. Seit dem letztjährigen Braunkohlentag gab es besonders in der Lausitz bedeutende Veränderungen. Im Oktober 2016 hat „Vattenfall“ die Braunkohlentagebaue und –kraftwerke in der Lausitz an die EPH-Gruppe, die bereits vorher Eigentümerin der MIBRAG war, übertragen. Der neue Name „LEAG“, also Lausitz Energie Bergbau AG bzw. Lausitz Energie Kraftwerke AG, drückt erneut die Verbundenheit des Bergbaus und der Energiewirtschaft mit der Region Lausitz aus.

Die Beschlüsse des Unternehmens vom 30. März diesen Jahres zur weiteren Entwicklung des Lausitzer Reviers in den kommenden 25 bis 30 Jahren machen vieles planbarer. Sie geben den dortigen Kommunen, den Menschen in der Lausitz und natürlich auch den Mitarbeitern sowie ihren Familien eine Zukunftsperspektive. Wir sprechen über eine Kohlegewinnung von rund 62 Mio. t und Stromerzeugung von 55 TWh im Jahr 2016.

Die LEAG plant, den Tagebau Jänschwalde bis voraussichtlich 2023 planmäßig zu Ende zu führen. Das Kraftwerk Jänschwalde soll anschließend noch für einen Zeitraum von 8 bis 10 Jahren Kohle aus dem Süden des Reviers erhalten. Das Feld Jänschwalde-Nord soll – wie allgemein erwartet – nicht in Anspruch genommen werden.

Die LEAG sieht weiterhin die energiewirtschaftliche Notwendigkeit zur Kohlegewinnung aus dem Teilabschnitt II des Tagebaus Welzow-Süd. Eine Investitionsentscheidung für den Teilabschnitt II ist aus Sicht der Tagebauführung bis spätestens 2020 zu treffen. Die LEAG hat insoweit der – durchaus realen – Gefahr weiterer regulatorischer Eingriffe der Europa- und Bundespolitik in die Energiewirtschaft Rechnung getragen.

Im Tagebau Nochten wird zunächst das Abbaugebiet 1 zu Ende geführt. Aus dem Abbaugebiet 2 möchte die LEAG anschließend rund 150 Millionen Tonnen Braunkohle gewinnen, um langfristig eine bedarfsgerechte Versorgung des Kraftwerks Boxberg zu sichern.

Der Tagebau Reichwalde wird entsprechend der genehmigten Planungen weitergeführt.

Insgesamt gibt die LEAG damit der Lausitz und seiner Entwicklung einen nicht unerheblichen Planungshorizont, der bis in die fünfte Dekade dieses Jahrhunderts reicht. Sie trägt langfristig zum Erhalt der Wertschöpfung aus der Braunkohle für die Lausitzer Wirtschaft bei. Und im Übrigen geht auch hier die Entwicklung im Einklang mit den CO₂-Minderungszielen einher.

Kommen wir nun nach Mitteldeutschland.

Die MIBRAG fördert in ihren beiden Tagebauen Profen und Vereinigtes Schleenhain etwa 17 Mio. t Rohbraunkohle im Jahr. Hauptabnehmer sind die Kraftwerke Lippendorf und Schkopau.

Das Unternehmen entwickelt sich weiterhin solide und setzt die Ressourcen für moderne, effiziente und flexible Technik ein. Ein Beispiel ist der Tagebau Vereinigtes Schleenhain, in dem die MIBRAG beim Übergang vom Abbaufeld Schleenhain in das Abbaufeld Peres etwa 150 Millionen Euro in den Abbaufeldwechsel investiert.

Die MIBRAG ist das erste Unternehmen, das mit Buschhaus ein Kraftwerk aufgrund des Beschlusses der Bundesregierung für vier Jahre in die Sicherheitsbereitschaft für Braunkohlenkraftwerke überführt hat. Während dieser Sicherheitsbereitschaft erfolgt ein Anfahren des Kraftwerks, welches über eine Nettoleistung von 352 MW verfügt, nur auf Anforderung des Übertragungsnetzbetreibers. Diese Fahrweise kostet Arbeitsplätze und schwächt die Braunkohleregionen wirtschaftlich.

Positiv bleibt, dass das Bekenntnis der Politik auf Landesebene und in den Bergbauregionen in Sachsen-Anhalt und Sachsen-Mitteldeutschland macht und dem mitteldeutschen Bergbau weiter gute Chancen für die nächsten Jahre gibt. Davon profitiert auch die ROMONTA, die weiterhin etwa 500.000 t Rohkohle pro Jahr gewinnt und daraus nicht nur Strom, sondern auch 14.000 t Rohmontanwachs herstellt.

Der Projektträger der Bergbausanierung, die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft, kurz LMBV, hat 2016 die Sanierung erfolgreich weitergeführt und viele Einzelprojekte abgeschlossen. Langfristig bedeutend ist, dass ein neues Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern endverhandelt ist und die Finanzierung bis 2022 aufgrund der Projektplanung der LMBV sichert.

Zum Rheinland:

Bei der RWE AG, die über die RWE Power AG die Braunkohlentagebaue und –kraftwerke betreibt, war das Jahr 2016 außergewöhnlich bewegt. In der langen Geschichte des Konzerns RWE hat sich selten so viel verändert wie 2016. Der Konzern hat sich neu aufgestellt und die Bereiche Erneuerbare Energien, Netze und Vertrieb in der Tochtergesellschaft innogy gebündelt. Die RWE AG steht nun auf den drei starken Säulen Konventionelle Erzeugung, Energiehandel und der Finanzbeteiligung an innogy.

Mit der Leitentscheidung der Landesregierung Nordrhein-Westfalens zu Garzweiler und dem Rheinischen Revier haben wir auch ein Stück Planungs- und Investitionssicherheit erhalten. Wir wissen jetzt, woran wir sind, auch wenn dies mit großen Verlusten von mehreren hundert Millionen Tonnen an Fördermengen verbunden ist. Trotzdem: Die Landesregierung hat die energiewirtschaftliche Notwendigkeit für die Zeit nach 2030 bestätigt, und zwar für alle Tagebaue. Das ist gut so, das ist richtig und dabei muss es auch bleiben! Angesichts der langen Fristen und Planungszeiträume fängt – und das wissen die erfahrenen Planer unter Ihnen - nun die Arbeit erst richtig an. RWE wird sich konstruktiv am weiteren Prozess und an der Umsetzung des Braunkohlenplanänderungsverfahrens beteiligen. Durch die Leitentscheidung wurden auch die genehmigten Abbaugrenzen der Tagebaue Hambach und Inden bestätigt.

Hilfreich war sicher, dass wir auch deutlich machen konnten: Klimaschutz geht mit der Kohle. Die Kohlegewinnung und die Kohlenutzung stehen im Einklang mit den europäischen und deutschen Klimaschutzzielen. Dazu gibt es im Rheinland – wie in der Braunkohle insgesamt - einen klaren Fahrplan. Er führt dazu, dass bis etwa 2030 die CO₂-Emissionen aus der Braunkohle um 40-50% reduziert werden. Bausteine sind:

- bis 2020 gehen auch im Rheinland Kraftwerksblöcke in die Sicherheitsbereitschaft, das allein bedeutet 15 Prozent weniger Emissionen an CO₂
- weitere Optionen zur CO₂-Senkung für die Zeit zwischen 2020 und 2030 durch Effizienzsteigerung und angepasste Auslastung der Kraftwerke sowie soweit wirtschaftlich und planungsrechtlich sicher, der Bau von *BoAplus*
- gegen 2030 das Auslaufen des Tagebaus Inden und die Schließung des Kraftwerks Weisweiler mit weiterer Einsparung von 20 Prozent

Nach 2030 wird der Ausbau der Erneuerbaren weitergehen und der Betrieb der Kraftwerke sich hieran ausrichten. Die Versorgung erfolgt dann aus den Tagebauen Hambach und Garzweiler bis zur Mitte des Jahrhunderts. Fester Bestandteil unseres Konzepts mit unserer Veredlung, die im Sinne der Energiewende insbesondere Produkte für die derzeit nahe Energieerzeugung oder den Umweltschutz bereitstellen. Zudem arbeiten wir – wie die Kollegen aus den anderen Revieren auch – an der stofflichen Nutzung der Braunkohle. Langfristig können sich dort erhebliche Chancen ergeben, insbesondere wenn sich Ressourcen verknappen und deshalb die Preise für Rohöl und Erdgas deutlich erhöhen sollten.

Meine Damen und Herren,

nun zur Energiepolitik. Ich möchte hier aus Zeitgründen nur einige Themen anreißen, wir werden diesbezüglich in der Diskussion vertiefen können.

Aus meiner Sicht gibt es vier zentrale Aussagen:

1. Aussage:

In Deutschland wird vorgesehen, die Stromversorgung weiter Richtung Schwerpunkt Wind und PV umgebaut. Nichtsdestotrotz brauchen wir noch sehr, sehr lange neben Wind- und PV-Anlagen ein weiteres System für die eine Aufgabe „sichere Stromversorgung“ mit regelbaren und jederzeit verfügbaren Kraftwerke.

Sicher ist: In den vergangenen 10 Jahren hat der Ausbau der erneuerbaren Energien die Stromversorgung und den Strommarkt verändert. Die Erneuerbaren haben zunächst einmal den Versorgungsbeitrag der Kernenergie ersetzt, allerdings nicht bei der gesicherten Leistung. Der Beitrag der konventionellen Stromerzeugungsverfahren blieb in vergleichbarer Größenordnung. Ungefähr 65% der Stromerzeugung kommen heute aus konventionellen Kraftwerken. Wir gehen davon aus, dass es im Jahr 2030 noch immer rund 50 % sein werden.

Schauen wir einmal gut 15 Jahre nach vorn: Der Stromverbrauch wird weiter steigen, denn die Energiezukunft ist – trotz ambitionierten Einsparmaßnahmen – elektrisch. Die Bundesnetzagentur nimmt im Rahmen ihrer Prüfungen der Netzentwicklungspläne für Strom im Jahr 2035 eine Jahreshöchstlast von 84 GW an. Vielleicht ist diese Annahme der BNetzA eher am unteren Rand des zu Erwartenden: Viele neue Alltags-Anwendungen basieren auf Strom. Wir leben in einer Welt, die immer weiter elektrifiziert wird. In der Politik wird dies zunehmend unter dem Stichwort „Sektorkopplung“ diskutiert. Trotz Effizienzsteigerungen wird der Stromverbrauch nicht zurückgehen, er würde ohne Effizienzsteigerungen nur noch mehr steigern.

Unterstellt man den Ausbau der Erneuerbaren gemäß den Beschlüssen der Bundesregierung, dann sind bei der Annahme eines gleichbleibenden Strombedarfs in 2035 rd. 240 TWh durch Konventionelle zu erzeugen. Dabei ist noch gar nicht berücksichtigt, dass die Erneuerbaren Strom volatil und damit eben nicht sicher liefern. Die lang anhaltenden Dunkelflauten im Januar 2017 haben erneut gezeigt, wie wichtig die verlässliche

Stromerzeugung durch Konventionelle für die Versorgungssicherheit und für den Wohlstand in Deutschland ist. Dies bestätigt auch eine Studie des Verbands der Europäischen Übertragungsnetzbetreiber, die eine Deckung der Nachfrage in der kommenden Dekade nicht unter allen Umständen für möglich hält.

(Dies gilt jedenfalls, solange wir keine großtechnischen und wirtschaftlichen Verfahren zur Stromspeicherung haben, die über mehrere Wochen eine Stromversorgung gewährleisten können. Dies steckt noch in den Kinderschuhen).

2. Aussage:

Innerhalb des Bereichs „konventionelle Erzeugung“ ist Braunkohle die Energie mit dem Heimvorteil. Braunkohle ist sicher und wirtschaftlich verfügbar.

Innerhalb der konventionellen Stromerzeugung haben wir in Deutschland einen Mix aus Steinkohle, Braunkohle und Gas. Das ist auch gut so, weil dieser Mix Risiken minimiert.

Leider wird die Braunkohle von vielen in der Politik vorrangig unter Klimaschutzaspekten betrachtet. Die Grünen beispielsweise fordern deshalb vorschnell einen Kohleausstieg. Das ist jedoch einseitig und nicht verantwortbar. Als heimische Energie stammt die Braunkohle gerade nicht aus weit entfernten und zum Teil politisch unsicheren Quellen. Die heimische Braunkohle besitzt hinsichtlich Versorgungssicherheit Vorteile gegenüber der importierten Steinkohle und vor allem gegenüber Erdgas. Betrachtet man wie hier lange Zeiträume, sind auch Zeiten möglicher politischer Spannung in die Bewertung einzubeziehen. Dass Kohle außerdem für heimische Wertschöpfung sorgt und regionale Strukturen sichert, brauche ich hier nicht näher zu erläutern.

Hinzu kommt noch: Kohle und Gas sind bei ganzheitlicher, sachgerechter Betrachtung hinsichtlich der Emissionen vergleichbar.

Wer die Emissionen bewertet, sollte nicht beim Kraftwerk allein stehenbleiben.

Eine ehrliche, ganzheitliche Betrachtung bezieht die vorgelagerten Emissionen ein. Man muss also die gesamte Wertschöpfungskette und nicht nur das

Kraftwerk sehen. Dabei fallen bei der heimischen Braunkohle so gut wie keine Transportemissionen an, weil die Tagebaue in der Nähe der Kraftwerke liegen. Und außerdem: Wegen der Flexibilitätsanforderungen muss vermehrt von einem Teillastbetrieb der Kraftwerke ausgegangen werden. Ein sachgerechter Vergleich der Emissionen von Kohle- und Gaskraftwerken muss also den Betrieb bei typischer Last unterscheiden. Die spezifischen Emissionswerte von Kohle und Gas liegen dann nicht so weit auseinander, um über das „CO₂-Argument“ eine Präferenz für Gas und gegen Kohle ableiten zu können.

Meine Damen und Herren,

da wir gerade bei Emissionen sind, lassen Sie mich einen kurzen Exkurs zum Stand-der-Technik-Dokument für Kraftwerke machen. Dazu hat der Komitologieausschuss der EU-Mitgliedstaaten vergangenen Freitag einen lange erwarteten – und nach meiner Überzeugung falschen – Beschluss gefasst. Die Vorgaben für NO_x und für Quecksilber entsprechen leider nicht dem Stand der Technik, sondern sind schärfer. Viele Kraftwerke werden sie nicht erfüllen können. Es kann deshalb zu ganz erheblichen Stilllegungen der betroffenen Kohlekraftwerke in Energiewirtschaft UND in der Industrie kommen.

Acht Mitgliedstaaten, die über ein Drittel der Bürger der EU repräsentieren, auch Deutschland, haben den Beschluss abgelehnt, weil er die künftigen Emissionsbandbreiten für Kraftwerke bei NO_x und Quecksilber nicht rechtmäßig ableitet. Die zugrunde liegende Richtlinie – die Industrieemissions-Richtlinie – sieht vor, dass der Stand der Technik nach technisch-ökonomischen Vorgaben zu bestimmen ist. Energiepolitische Überlegungen dürfen insoweit keine Rolle spielen, sind aber von der EU-Kommission zu Lasten der Kohle durchgesetzt worden.

Es kommt jetzt darauf an, wie Deutschland den Beschluss in nationales Recht umsetzt; hier gibt es Spielraum bis hin zu einer Ausnahmeklausel. Natürlich müssen die Unternehmen auch prüfen, ob sie gegen die Beschlussfassung klagen können.

Anrede,

leider führt es nicht zu mehr Vertrauen zu Europa, wenn die Kommission und manche Mitgliedstaaten technische Dokumente nutzen, um am Parlament vorbei gezielt Energiepolitik zu machen und eine Anti-Kohle-Politik voranzutreiben. Erst recht nicht, wenn sie dabei auch noch ihre eigenen Richtlinien verletzen.

3. Aussage:

Die Kohleverstromung bewegt sich in den kommenden beiden Jahrzehnten in einem Trendkanal, der kompatibel zu den Klimaschutzzielen und zur Energiewende ist.

Seit 1990 – dem Jahr Null des Klimaschutzes – hat die Braunkohle schon viel für den Klimaschutz geleistet. Die mit der Erzeugung von Strom aus Braunkohle verbundenen CO₂-Emissionen sind um rd. 20 % gesunken. Dies ist Ergebnis des Strukturwandels im Osten, vieler Kraftwerksneubauten und der umfangreichen Retrofitmaßnahmen an Bestandsanlagen. Vergleichbare Verbesserungen gab es im Bereich der Steinkohlenverstromung.

Auch mit Blick auf die überschaubare Zukunft – sagen wir 2035 – kann sich die Braunkohle sehen lassen: Aufgrund der aktuellen Entscheidungen zur Sicherheitsbereitschaft wird die Nettokapazität der großen Braunkohlenkraftwerke bis Anfang der nächsten Dekade nochmals um ca. 15% reduziert werden. Um 2030 wird der Kraftwerksstandort Weisweiler (1,8 GW) wegen Erschöpfung der Kohlevorräte im Tagebau Inden (rheinisches Revier) stillgelegt. Am Standort Jänschwalde (Lausitzer Revier) werden vermutlich gegen 2030 die bestehenden vier Kraftwerksblöcke (1,9 GW) ihren Betrieb beenden. Dies liegt im Trendkanal der heute absehbaren im EU ETS zu leistenden Emissionsminderungen und beweist, dass die Braunkohlenindustrie konkrete CO₂ Minderungsbeiträge leisten wird.

Anrede,

das führt mich zu meiner

4. Aussage:

Nationale Eingriffe in Bereiche, die dem EU ETS unterliegen, sind klimapolitisch wirkungslos.

Nationale Ziele im Kraftwerksbereich sind reine Symbolpolitik. Sie gefährden Arbeitsplätze und Unternehmen und schaden den betroffenen Regionen. Am schlimmsten: Sie bieten noch nicht mal einen effektiven Klimaschutz.

Denn wir haben ein funktionierendes System, mit dem effizienter Klimaschutz organisiert wird: Das EU-Emissionshandelssystem. Dieses System wird vom Weltklimarat ausdrücklich unterstützt. Die bereits heute vorgegebenen Minderungsfaktoren von 1,74 % bis 2020 und 2,2 %/a nach 2020 werden auch weiterhin dazu führen, dass die Obergrenze für Emissionen beständig mit einer festen Jahresrate sinkt. Bei Fortschreibung dieses in der ETS-Richtlinie festgeschriebenen Trends wären für alle dem Emissionshandel unterliegenden Sektoren und Anlagen im Jahr 2058 keine Emissionsrechte mehr verfügbar. Alle gut 11.000 Anlagen, die heute dem Emissionshandel in der EU unterliegen, seien es Kohle- oder Gaskraftwerke, Raffinerien oder Hochöfen, könnten dann kein CO₂ mehr emittieren; es sei denn, das CO₂ würde abgeschieden, genutzt oder gespeichert.

Aber: Das EU ETS muss wirken können. Das kann es eben nicht, wenn nun die beteiligten Staaten beginnen, nationale Zusatzideen wie Ausstiegsszenarien für einzelne Energieträger zu erlassen. So würden geringere CO₂-Emissionen in Deutschland, die eintreten, wenn man hierzulande die Kohlenverstromung politisch vorgegeben einschränkt, zu mehr CO₂-Emissionen an anderer Stelle führen. Nationale Alleingänge im Bereich des EU ETS sind also sinnlos. Dies sollte die EU auch im Rahmen der gerade verhandelten Reform des EU ETS beachten.

Wir dürfen das Emissionshandelssystem auch nicht dadurch schwächen, dass alle Kohlekraftwerke von möglichen Kapazitätsmärkten ausgeschlossen werden. Das leistet keinen Beitrag zur Versorgungssicherheit. Genau das hat die EU-Kommission leider aktuell in ihrem Winterpaket zur Neuordnung der europäischen Energiemärkte vorgeschlagen. Das wäre eine weitere Maßnahme außerhalb des Emissionshandelssystems, die nur die Kosten für die Kunden hochtreibt und dem Klima nicht hilft.

Anrede,

wer sich sachlich mit den von mir getroffenen vier zentralen Aussagen auseinandersetzt, kann den gemachten Schlussfolgerungen kaum widersprechen. Nur befinden wir uns leider in der Energiepolitik immer wieder in der Situation, wo Fakten ideologisch gebeugt und für eigene Interessen und Positionen missbraucht werden – und das gerade in einem Wahljahr wie 2017. Hier könnte ich jetzt viele konkrete Beispiele aus dem gemeinsamen Ringen um BREF, Winterpaket, Netzentwicklungsplan etc. anbringen, wo wir als Debriv gemeinsam eintreten, möchte aber auch darauf aus Zeitgründen verzichten.

Gemeinsam mit Politik, Behörden und Industrie darf bei der Bewertung der Braunkohle nicht emotionalisiert, sondern faktenorientiert gehandelt werden. EU und Bund sollten dabei die durch die Energie- und Strukturpolitik der Braunkohlendländer vorgeprägten Entwicklungslinien in den Braunkohlenrevieren respektieren und bei den politischen Entscheidungsprozessen beachten. Diesbezüglich kommt auf uns gemeinsam eine große Aufgabe zu, die im von der Bundesregierung verabschiedeten Klimaschutzplan 2050 vorgezeichnet ist und auf die ich abschließend in meinem Statement eingehen möchte.

Anrede,

Zum Klimaschutzplan 2050. hat der Energiesektor im Vergleich mit anderen Sektoren überproportional intensive Minderungsziele auferlegt bekommen. 61-62% bis 2030 sind genannt. Man geht den Weg des geringsten Widerstandes. Leider setzt der Plan Ziele, ohne Wege zu beschreiben. Er betrachtet einzelne Sektoren ohne Wechselwirkungen wie z.B. bei der Elektrifizierung des Verkehrs auf den Strombedarf etc.

Klar ist für uns: Wir brauchen für die Bewertung der ambitionierten Ziele eine umfassende Folgenabschätzung. Denn die Glaskugel, welche Methoden wir in drei Jahrzehnten haben werden, um dann in welchem Sektor genau so und so viel Tonnen an CO₂ einzusparen, die habe ich zumindest nicht. Es ist daher gut, dass der Plan eine solche Folgenabschätzung vorsieht.

Wir werden uns in die kommenden Debatten zur Umsetzung des Klimaschutzplans intensiv einbringen. Der Debriv ist dafür eine bewährte Plattform, um die Position der Braunkohle mit einer Stimme einzubringen. Dabei spielt natürlich die Kommission „Wachstum Strukturwandel und Regionalentwicklung“ eine zentrale Rolle. Sie ist explizit keine Kohlekommission, sondern inhaltlich viel breiter aufgestellt. Bei der Umsetzung des Klimaschutzplans sind neben Umweltschutz auch

- wirtschaftspolitische
- sozialpolitische
- europapolitische
- und strukturpolitische Fragen genauso wie die klimapolitischen

Fragen zu erörtern. Wir müssen nämlich auch die Beschäftigungssituation in den betroffenen Regionen und Leistungsfähigkeit der einzelnen Unternehmen berücksichtigen. Sonst erlebt die Braunkohlenindustrie - aber auch die deutsche Industrie insgesamt - harte, schmerzliche Strukturbrüche. Das müssen wir unbedingt vermeiden! Wir werden uns aktiv in die Kommissionsarbeit einbringen und bereiten uns darauf vor, dass die von mir soeben gesamten Aspekte gleichwertig Berücksichtigung finden.

Hinweis Zusammenstehen Industrie und Energiewirtschaft: Agora Roland Berger Studie versucht hier gezielt Spaltpilz zu setzen.

Anrede,

lassen Sie mich zum Schluss noch einige Kernaussagen zusammenfassen:

- Die Braunkohle ist auch langfristig für eine bezahlbare Zurverfügungstellung gesicherter Leistung unverzichtbar
- Sie trägt zur wirtschaftlichen Prosperität in den Regionen bei und stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie
- Sie entwickelt sich entlang eines Fahrplanes, der im Einklang mit den nationalen und europäischen Klimazielen liegt – welcher Sektor kann das von sich behaupten – und
- Die Braunkohlenindustrie wird sich aktiv in die im Klimaschutzplan 2050 enthaltenen Prozesse einbringen (wir können Strukturwandel)

Ich bin fest davon überzeugt, dass der langfristig vorgesehene Umbau der Energieversorgung in Deutschland nur mit der Kohle und mit der Braunkohle gelingen kann

Darüber zu sprechen, ist ein Grund für den Braunkohlentag. Ich wünsche Ihnen dazu alles Gute und danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Glückauf!